WSI
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

POLICY BRIEF

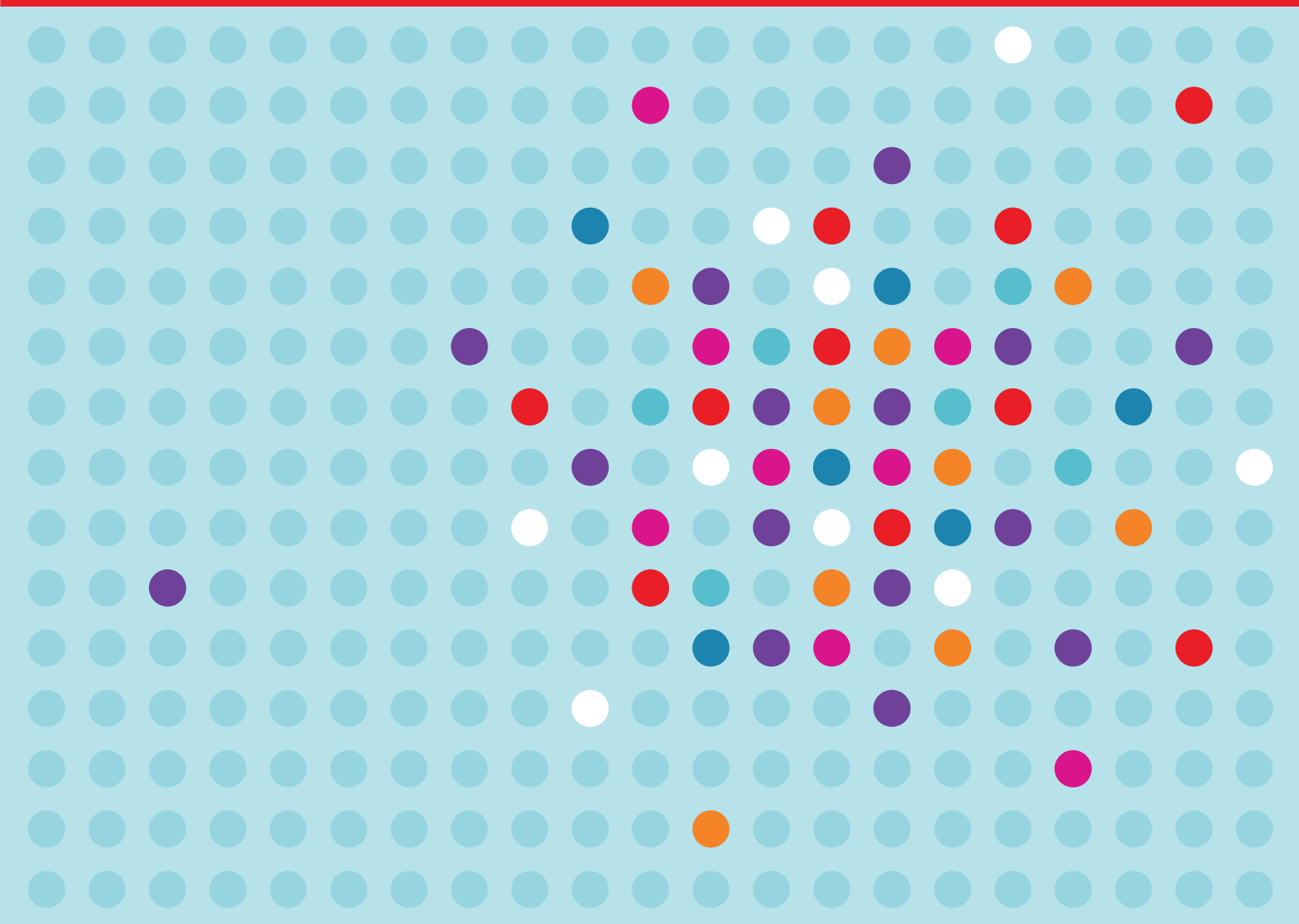
Das WSI ist ein Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Nr. 48 · Policy Brief WSI · 10/2020

CORONA-ZWEIFEL, UNZUFRIEDENHEIT UND VERSCHWÖRUNGSMYTHEN

Erkenntnisse aus zwei Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020 zu Einstellungen zur Pandemie und den politischen Schutzmaßnahmen

Andreas Hövermann



1 Einleitung

Die Corona-Pandemie hat inzwischen weltweit über eine Millionen Todesopfer gefordert und eine große Zahl an Länder wirtschaftlich in die Rezession befördert. Auch hierzulande sind die ökonomischen Einschnitte mit zwischenzeitlich beispiellosen 7,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit und einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2020 um über 10 Prozent. Deutschland kam im internationalen Vergleich bezüglich der Verbreitung des Virus bislang noch verhältnismäßig glimpflich davon – sofern man bei immerhin mehr als 300.000 Infektionsfällen und knapp 10.000 Todesopfern von solchen Beschreibungen sprechen kann.

Ungeachtet der weiterhin erheblichen gesundheitlichen Gefahr, die durch das Virus ausgeht, scheinen jedoch mittlerweile mehr Menschen eine große Unzufriedenheit bezüglich der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu hegen. Während zu Beginn der Pandemie nur wenige kritische Stimmen zu vernehmen waren, formierten sich in den letzten Monaten zahlreiche Menschen, die Zweifel an der Existenz des Virus haben und die obskure Verschwörungsmythen oder zumindest große Unzufriedenheit mit den politisch verordneten Einschränkungen des öffentlichen Lebens teilen. Zuletzt gipfelte diese Unzufriedenheit in medial sehr präsenten Demonstrationen in Berlin, an denen am 29. August 2020 geschätzte 40.000 Menschen teilnahmen (Der SPIEGEL 2020). Zu besonders großer öffentlicher Aufmerksamkeit führte diese Demonstration, da mehrere Hundert Protestierende – darunter auch zahlreiche Rechtsextreme – euphorisiert bis zum Eingang des Reichstages vordrangen und dadurch für breites Entsetzen in weiten Teilen der Politik und Gesellschaft sorgten.

Der vorliegende Policy Brief erkundet, basierend auf Daten der HBS-Erwerbspersonenbefragung, wie weit kritische Einstellungen zum Umgang mit der Corona-Krise unter den Erwerbspersonen in Deutschland verbreitet sind. Dies umfasst Zweifel an den einschränkenden Maßnahmen, Unterstützung der Anti-Corona-Proteste bis hin zum Teilen von Verschwörungsmythen. Da die Befragten zu mehreren Zeitpunkten ihre Einstellungen äußerten wird zudem betrachtet, inwiefern sich die Zustimmung zu diesen Einstellungen im Laufe der Pandemie zwischen April und Juni geändert hat – bei wem steigen also im Verlauf der Pandemie die Zweifel und die Unzufriedenheit an?

2 Theoretischer Hintergrund zu Verschwörungsmythen

Zunächst wenig gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse, rasante und massive Veränderungen globalen Ausmaßes, aber auch des alltäglichen Lebens jedes Einzelnen und daraus resultierende individuelle Verunsicherungen – all dies sind Kennzeichen der Corona-Pandemie in den vergangenen Monaten. Die Pandemie wurde bereits als „ideal breeding ground" für die Verbreitung von Verschwörungsmythen bezeichnet (van Bavel et al. 2020). Das Aufkommen von Verschwörungsmythen während einer Pandemie ist daher zunächst einmal wenig überraschend, da Verschwörungsmythen insbesondere in Krisenzeiten Konjunktur haben (vgl. Van Prooijen & Douglas 2017). Der Grund darin liegt in dem erhöhten Bedürfnis nach Erklärungen in Zeiten erheblicher Veränderungen und großer Entbehrungen (vgl. Leman & Cinnirella 2007). Letztlich drückt dies ein Streben nach Wiedererlangung von Kontrolle aus – einem eminent wichtigen psychologischen Motiv. Der Glaube an Verschwörungsmythen – so bizarr diese auch sein mögen – ist häufig der Versuch, Kontrolle zurück zu gewinnen, was in der Sozialpsychologie auch als *Kompensationshypothese* bezeichnet wird. Inwieweit diese Rückgewinnung an Kontrolle auf diese Art und Weise tatsächlich gelingt, ist wissenschaftlich noch relativ wenig bekannt.

In der noch vergleichsweise jungen sozialpsychologischen Forschung zu Verschwörungsmythen zeigten sich bislang verschiedene Faktoren als relevant zur Erklärung der individuellen Zustimmung – die meisten davon versuchen, verschiedene wichtige psychologische Motive zu erfüllen (Douglas et al. 2017). Beinahe folgerichtig, wenn man den obigen Absatz betrachtet, zeigt sich hier die Kompensationshypothese als relevant, die das individuelle Fehlen von Kontrolle über das eigene Leben als einen zentralen Erklärungsfaktor und Verschwörungsmythen als Kompensationsversuch betrachtet (vgl. u. a. Douglas et al. 2017). Dabei kann sich der Kontrollverlust unterschiedlich äußern – von gesellschaftlichen Umbrüchen, fehlenden beruflichen Absicherungen und Perspektiven bis hin zu persönlichen Trennungen und Scheidungen (Rees & Lamberty 2019). Ebenso relevant scheint hier auch der politische Kontrollverlust zu sein, da das Gefühl, die eigene Umwelt nicht mehr beeinflussen zu können, ein entscheidender Faktor des eigenen (Un-)Wohlbefindens ist (Imhoff & Lamberty 2018). Verschwörungsmythen können hingegen das Sicherheit spendende und Angst und Machtlosigkeit entgegenwirkende Gefühl vermitteln, dass Prozesse verstanden, Ungerechtigkeiten aufgedeckt und vermeintliche Bedrohungen neutralisiert werden (Bost & Prunier 2013).

Ebenfalls prominent verbreitet zur Erklärung von Verschwörungsmythen ist die *Defizithypothese*, die davon ausgeht, dass insbesondere Menschen mit kognitiven Defiziten geneigt seien, an solche Theorien zu glauben, da es sich dabei um vereinfachende Pseudowahrheiten über die Gesellschaft handelt (Douglas et al. 2016). Empirisch ließen sich jedoch meist nur schwache Zusammenhänge beispielsweise mit dem geringen Bildungsstand aufweisen, da häufig weniger eine vermeintlich mangelnde Intelligenz als vielmehr ein unter Befragten mit niedrigem Bildungsstand weiter ver-

breiteter Kontrollverlust über die Umwelt für einen Zusammenhang verantwortlich ist (van Prooijen 2017).

Gesicherter erscheint der Befund, dass es sich beim Glauben an Verschwörungsmythen und -theorien um generalisierte Einstellungen handelt – die sogenannte Verschwörungsmentalität (Goertzel 1994; Imhoff & Bruder 2014). Demnach neigen Menschen dazu, verschiedenen, potenziell gar einander widersprechenden, Verschwörungsmythen zuzustimmen. Jüngst haben Imhoff und Lamberty (2020) zeigen können, dass zwei sich potenziell widersprechende Mythen über das Coronavirus vor allem bei denselben Personen Anklang finden: einerseits der Glaube, dass das Virus eine Erfindung und kaum so gefährlich ist, wie behauptet und andererseits der Glaube, dass das Virus bewusst im Labor hergestellt wurde, um bestimmte Interessen durchzusetzen. Während ersterer Glaube mit laxeren individuellen Sicherheitsvorkehrungen assoziiert war, ist zweiterer mit egoistischem Horten und Suchen nach alternativen Informationsquellen verknüpft (ebd.). Die „offizielle" Darstellung wird im konspirativen Denken häufig so absolut verneint, dass ein unschlüssiges Glaubenssystem kaum auffällt (Lewandowsky & Cook 2020). Einend ist bei Verschwörungsmythen zudem meist der Glaube daran, dass mächtige Gruppen im Geheimen der Gesellschaft insgesamt Schaden zufügen wollen (Imhoff & Bruder 2014) sowie ein generell großes Misstrauen in die Wissenschaft (Imhoff et al. 2018).

Des Weiteren können Verschwörungsmythen auch der Versuch sein, die psychologischen Motive des positiven Selbstbilds zu erfüllen. Durch das Beschuldigen anderer kann man sich selbst (und seiner Eigengruppe, also der Gruppe, der man sich zugehörig fühlt) als kompetenter und moralischer aufwerten, was insbesondere für diejenigen besonders attraktiv ist, deren Selbstbild (oder Bild der Eigengruppe) gefährdet und nicht besonders positiv ist – wie bspw. marginalisierten Gruppen (Cichoka et al. 2016). In dem Sinne könnte es zudem als verteidigende Strategie verstanden werden, um etwaiges Verschulden der eigenen benachteiligten Situation abzuwehren (Douglas et al. 2017).

Als weiteres individuelles Unterscheidungsmerkmal tritt in einigen Studien zudem ein niedriges Bedürfnis zur Konformität auf. Konkret glauben narzisstische Personen, die ein besonders großes Bedürfnis nach Einzigartigkeit haben, besonders häufig an Verschwörungsmythen (Lamberty & Imhoff 2017). Dies sind Menschen, die glauben, eine Verschwörung zu „durchschauen", daher „exklusives" Wissen zu haben und somit aus der Masse herausstechen und bewusst nicht das tun, was die Mehrheit verlangt – ein durchaus hochgradig problematisches und gefährliches Verhalten während einer Pandemie (Rees & Lamberty 2019). Narzissmus kann sich dabei auch als *kollektiver* Narzissmus äußern, also als ein Glaube an die Großartigkeit der Eigengruppe, die von anderen nicht anerkannt wird und dementsprechend auch besonders häufig von denjenigen geteilt wird, die den Eindruck haben, dass ihre Gruppe benachteiligt und nicht wertgeschätzt wird (Bilewicz et al. 2013).

Verschwörungsmythen gelten zudem als weitgehend immun gegen Beweise, da sie erklärtermaßen abgeschottet sind. Jeder Beweis, der einen Mythos widerlegt, kann als weiterer Beweis für die Verschwörung interpretiert

werden, da diese ebenfalls von den Verschwörern stammen (Lewandowsky & Cook 2020). Dies erschwert den kommunikativen Umgang mit Verschwörungstheoretikern[1] und ihren Mythen nochmals.

Gefährlich sind diese Verschwörungsmythen aber auch, da sie eine direkte Bedrohung für demokratische Gesellschaften darstellen. Rees und Lamberty (2019) zeigten im Rahmen der Mitte-Studien, wie eng Verschwörungsmythen mit der Abkopplung vom demokratischen Diskurs einhergehen. Personen, die Verschwörungsmythen teilen, stimmen nicht nur deutlich häufiger Vorurteilen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie antisemitischen oder islamfeindlichen Einstellungen zu, sie äußern auch deutlich häufiger gewaltbilligende und gewaltbereite Einstellungen als Personen, die den Mythen nicht zustimmen.

3 Datensatz

Grundlage der vorliegenden Analysen sind die ersten beiden Wellen einer im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung von KANTAR durchgeführten Panelbefragung von Erwerbspersonen in Deutschland (vgl. Hövermann & Kohlrausch 2020). Die Interviews wurden als computergestützte Online-Interviews (CAWI) mit Erwerbspersonen ab 16 Jahren durchgeführt. An der ersten Welle nahmen im Zeitraum vom 03. bis 14. April 2020 – also in einer noch relativ frühen Phase der Pandemie mitten im weitreichenden Lockdown – 7.677 Befragte teil. Rund zehn Wochen später, zwischen dem 18. und 29. Juni 2020, wurden dieselben Befragten erneut kontaktiert, um eine zweite Befragungswelle durchzuführen. Rund 82 Prozent der Befragten der ersten Welle – konkret 6.309 Befragte – erklärten sich bereit, auch an der zweiten Welle teilzunehmen, welche in eine Zeit fiel, die durch eine langanhaltende Phase rückläufiger Infektionszahlen und schrittweiser Öffnungen des öffentlichen Lebens geprägt war.

Die Ausgangsstichprobe basiert auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines sogenannten Online-Access-Panels. Dabei wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand von festgelegten Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung abgebildet und zusätzlich mit Gewichten nachträglich korrigiert. Auch für die zweite Welle wurden Gewichte berechnet, sodass die Erwerbsbevölkerung Deutschlands weiterhin nach den genannten Merkmalen abgebildet werden kann. Die Quotenvorgaben basieren auf Sollzahlen aus der amtlichen Statistik, sodass die Stichprobe der 1. und der 2. Welle die Erwerbsbevölkerung entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet.

Gleichwohl handelt es sich bei dem Access-Panel nicht im strengen Wortsinn um eine Zufallsstichprobe, welche weiterhin als „Goldstandard“ für die Erhebung repräsentativer Stichproben gilt. Zur Auswahlgesamtheit gehören

[1] Ähnlich zahlreicher anderer Forschenden (z. B. Nocun & Lamberty 2020) wird in dieser Publikation der Begriff der Verschwörungsmythen über dem im allgemeinen Sprachgebrauch häufiger verwendeten Begriff der Verschwörungstheorien bevorzugt. Letzterer wird häufig kritisiert, da hier nicht von Theorien im wissenschaftlichen Sinne der nachprüfbaren Annahmen gesprochen werden kann. Verschwörungsmythen zeichnen sich genau dadurch aus, dass sie sich der Nachprüfbarkeit entziehen.

nur diejenigen Befragten, die eine Payback-Karte besitzen und damit Mitglieder des im Einzelhandel verbreiteten Payback-Kunden-Programms sind. Mittlerweile ist jedoch in mehr als jedem zweiten deutschen Haushalt eine Payback-Karte vorhanden, sodass die Auswahlgesamtheit ebenso groß wie divers ist. Aus der Grundgesamtheit der Payback-Bestandskundendaten wurden die Befragten aktiv schriftlich-postalisch rekrutiert.

Das hier gewählte Rekrutierungsverfahren hat den Vorteil, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund der Quotierung anteilsmäßig besser abgebildet und erreicht werden können als dies über Telefonumfragen möglich ist. Zudem sind Online-Befragungen deutlich besser als langwierige und komplexe Telefon-Stichproben geeignet, dynamische Situationen wie die Corona-Pandemie kurzfristig zu erheben. Des Weiteren erzielen Online-Stichproben eine hohe Teilnehmerzahl, sodass eine detaillierte Auswertung und Analyse bestimmter Teilgruppen möglich werden. Zudem werden die Antworten zur Qualitätssicherung auf Plausibilität geprüft, d. h. nur Personen mit plausiblen Angaben werden ausgewertet.

4 Corona-Zweifel und Verschwörungsmythen

4.1 Wie weit sind die Einstellungen verbreitet?

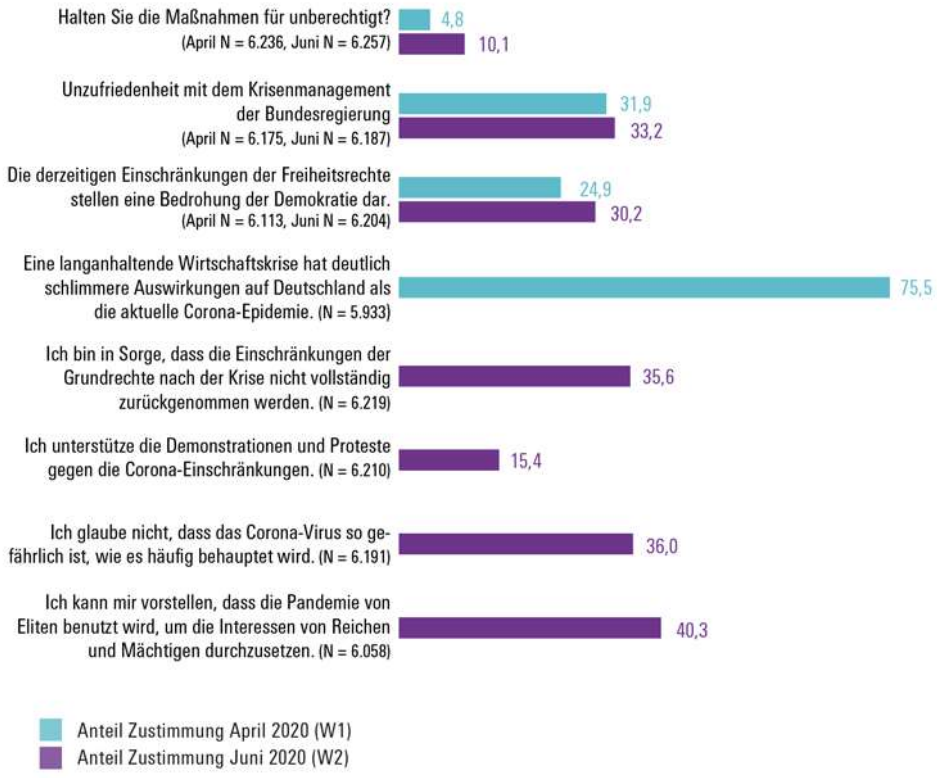
In den Fragebögen der beiden Wellen der Studie waren einige Aussagen enthalten, die direkt Unzufriedenheit und Zweifel im Umgang mit der Pandemie erheben oder indirekt darauf schließen lassen. Einerseits umfassen diese Aussagen generelle Zweifel an den umfassenden Schutzmaßnahmen und an der Gefährlichkeit des Virus, oder sie drücken Sorge über Einschränkungen von Freiheitsrechten und Bedrohungen der Demokratie aus. Andererseits umfassen sie aber auch Aussagen, die eindeutig in den Bereich der Verschwörungsmythen gefasst werden können, in denen bspw. konspirativ angenommen wird, dass „Eliten“, „Reiche“ und „Mächtige“ die Pandemie nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Betrachtet man nun die Zustimmung zu den Aussagen (vgl. Abb. 1), äußert sich rund ein Drittel der Befragten als „gar nicht“ oder „weniger zufrieden“ mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung. Dieser Wert bleibt im Verlaufe der Pandemie relativ konstant und steigt nur minimal in der zweiten Erhebung im Juni an. Anders verhält es sich mit der Einschätzung zur Berechtigung der Schutzmaßnahmen. Hier konnten die Befragten die Maßnahmen insgesamt auf einer Skala von 0 „absolut berechtigt“ bis 10 „absolut unberechtigt“ bewerten. Während im April nur eine kleine Minderheit von knapp 5 Prozent der Befragten diese als unberechtigt einstuften (d. h. Werte zwischen „8“ und „10“ angaben) verdoppelte sich dieser Anteil im Juni auf rund 10 Prozent. Dennoch gilt es hier zu betonen, dass die große Mehrheit der Befragten – insbesondere zu Beginn der Pandemie – die Schutzmaßnahmen als berechtigt (Werte „0“ bis „2“) einstufte (Welle 1: 78 Prozent, Welle 2: 57 Prozent).

Ebenfalls angestiegen im Laufe der Zeit ist die Ansicht, dass die Einschränkungen der Freiheitsrechte eine Bedrohung für die Demokratie darstellen. Waren es im April rund 25 Prozent, die dies bejahten, stieg der Anteil im Juni bereits auf 30 Prozent der Erwerbspersonen.

Eine weitere Aussage, die jedoch nur im April erfragt wurde, lässt auf eine außerordentlich große Sorge bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen schließen. Mehr als drei Viertel der Befragten stimmten zu, dass eine langanhaltende Wirtschaftskrise deutlich schlimmere Auswirkungen auf Deutschland hat als die aktuelle Corona-Epidemie.

Abb. 1: Zustimmung zu Aussagen im April und Juni 2020 (in Prozent)



W2-Gewichtung. Balanciertes Panel – also nur Befragte, die zu beiden Zeitpunkten teilnahmen

Quelle: HBS Erwerbspersonenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

Zusätzlich wurden im Juni vier weitere Aussagen in die Befragung aufgenommen, für die dementsprechend keine Aussagen über den Zustimmungsverlauf getätigt werden können. Rund 15 Prozent der Befragten gaben an, dass sie die Demonstrationen und Proteste gegen die Corona-Einschränkungen unterstützen. Während – wie oben berichtet – 30 Prozent in den Einschränkungen der Freiheitsrechte eine Bedrohung der Demokratie sehen, geben 36 Prozent der Erwerbspersonen an, dass sie in Sorge sind, dass die Einschränkungen nach der Krise nicht vollständig zurückge-

nommen werden. Ein ähnlich großer Anteil der Befragten glaubt nicht daran, „dass das Corona-Virus so gefährlich ist, wie es häufig behauptet wird." Schließlich stimmen beachtliche 40 Prozent der verschwörerischen Aussage zu: „Ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen." Die Zustimmungswerte zu diesen Aussagen zeigen ein beachtliches Ausmaß an Misstrauen unter einem relevanten Anteil der Erwerbsbevölkerung.

Wie häufig nun Unzufriedenheit, Zweifel und Glaube an Verschwörungsmythen gleichzeitig geteilt werden, zeigt die folgende Analyse. Betrachtet man die Korrelationen der Aussagen – also ob Befragte, die der einen Aussage zustimmen, auch tendenziell eher den anderen Aussagen zustimmen – ergibt sich ein relativ einheitliches Bild (vgl. Anhang). Alle oben aufgeführten Aussagen sind signifikant positiv miteinander korreliert – meist mit bedeutenden Korrelationskoeffizienten[2] zwischen, 30 und 60. In anderen Worten gilt somit, dass Befragte, die einer der Aussage zustimmen, auch eher einer der anderen Aussagen zustimmen. Dies ist insofern erwähnenswert, als dass die Aussagen ein breites Spektrum von Unzufriedenheit und Zweifel bis hin zu Verschwörungsmythen abdecken. Die schwächsten Korrelationen mit den anderen Aussagen (zwischen ,13 und ,20) zeigen sich für die Aussage, dass eine langanhaltende Wirtschaftskrise schlimmere Auswirkungen auf Deutschland hat als die Corona-Pandemie. Wie an den Zustimmungswerten bereits ersichtlich ist, stimmen hier auch zahlreiche Befragte zu, die den anderen Aussagen nicht zustimmen.

Zusammengefasst zeigt sich einerseits zwar, dass nur ein sehr geringer Teil der Erwerbspersonen die Schutzmaßnahmen für unberechtigt hält. Andererseits deuten die Ergebnisse aber darauf hin, dass bereits zum frühen Zeitpunkt der Pandemie Zweifel und ein gewisses Maß an Widerstand innerhalb der Erwerbsbevölkerung vorhanden sind, welches dann im Juni nochmal deutlich anstieg. Zudem zeigt sich vor allem im Juni, dass ein tiefliegendes Politikmisstrauen und eine konspirative Elitenverschwörung relativ weit verbreitet sind. Die Aussagen sind durchweg relativ eng miteinander korreliert, sodass Zweifel, Unzufriedenheit und Glaube an Verschwörungsmythen bei den Befragten nicht weit auseinander liegen.

4.2 Wer teilt die Einstellungen?

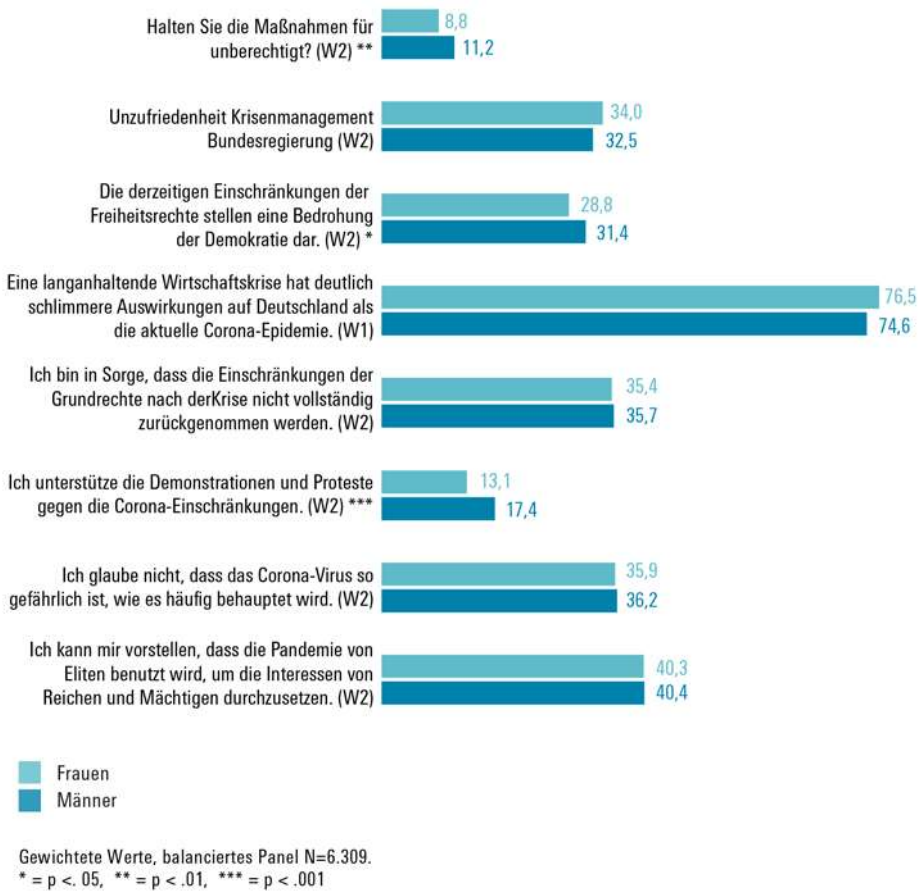
Um nun einen Eindruck zu bekommen, bei wem die Zweifel und Verschwörungsmythen in besonderem Ausmaß auf Zustimmung stoßen, werden im Folgenden ausgewählte Bevölkerungsgruppen detaillierter betrachtet.

Betrachtet man zunächst das Geschlecht der Befragten (Abb. 2), so sind die Zustimmungswerte für die meisten Aussagen sehr ähnlich für Frauen und Männer. Sofern jedoch Differenzen auftreten, sind es – analog zu früheren Befunden zur Verbreitung von Verschwörungsmythen (Rees &

[2] Diese können Werte zwischen -1 und +1 annehmen, wobei -1 einen perfekten negativen, +1 einen perfekten positiven und 0 das Fehlen jeglichen linearen Zusammenhangs anzeigt. Ein positiver Zusammenhang bedeutet konkret: je höher die Ausprägung auf der ersten Aussage ist, desto höher ist sie auch auf der zweiten.

Lamberty 2019) – eher Männer, die signifikant häufiger den Aussagen zustimmen. Dies gilt insbesondere für die Unterstützung der Demonstrationen und Proteste, aber auch für das Einschätzen der Schutzmaßnahmen als unberechtigt und für die Einschätzung, dass die Einschränkungen der Freiheitsrechte eine Bedrohung der Demokratie darstellen.

Abb. 2: Zustimmung nach Geschlecht (in Prozent)



Quelle: HBS Erwerbspersonenbefragung, eigene Berechnungen.

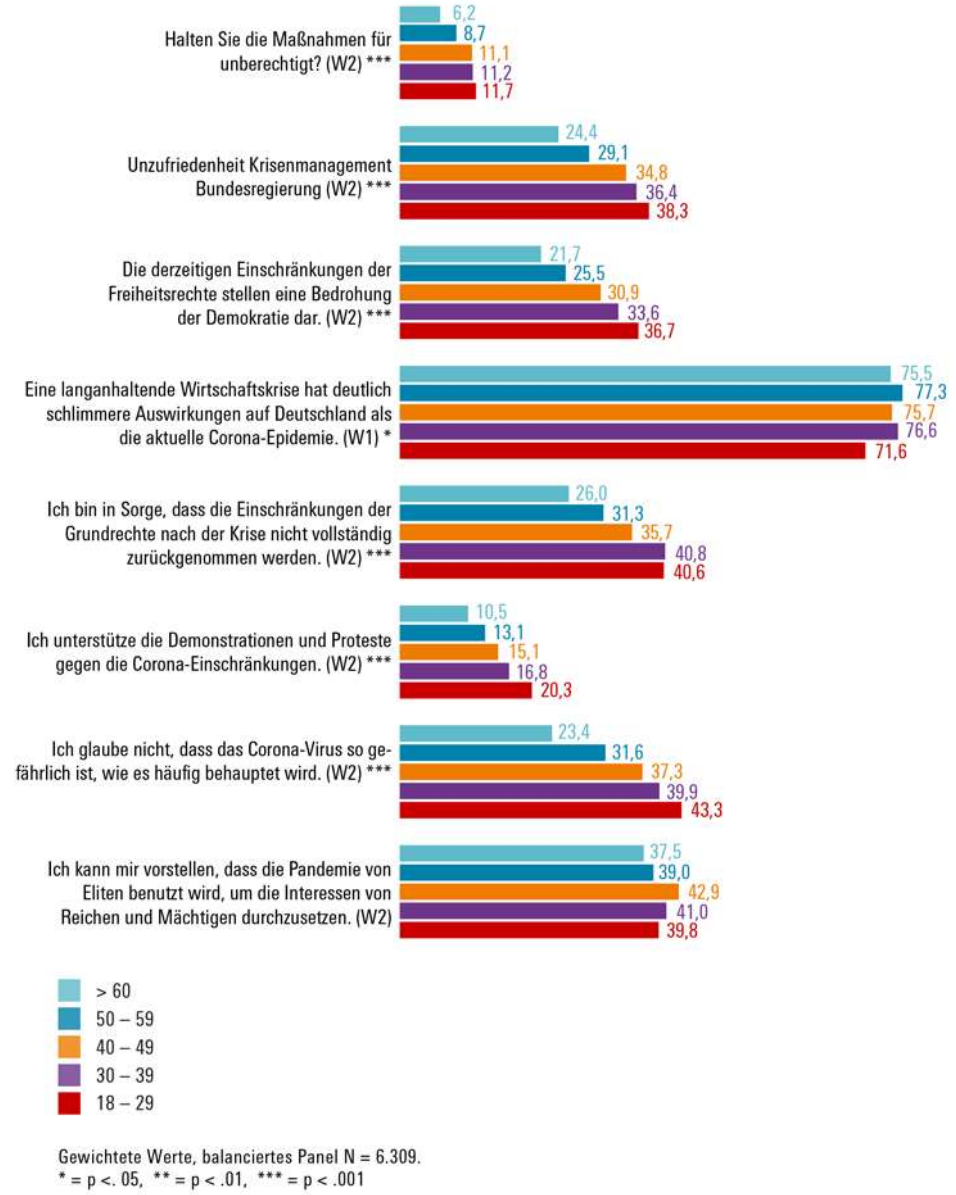
WSI

Bedeutend größer sind die Differenzen, wenn verschiedene Altersgruppen verglichen werden (Abb. 3). Für die meisten Aussagen zeigt sich ein linearer Zusammenhang, insofern als gilt: je jünger die Befragten, desto höher die Zustimmung. Die Differenzen zwischen den Altersgruppen sind dabei zum Teil immens. Die Demonstrationen und Proteste werden von ungefähr doppelt so vielen 18-29-jährigen unterstützt, wie von über 65-jährigen. Ähnlich groß ist der Unterschied zwischen den Gruppen, wenn danach gefragt wird, ob die Schutzmaßnahmen unberechtigt sind oder ob das Virus eigentlich nicht so gefährlich ist, wie von einigen behauptet wird. Hier ist es plausibel anzunehmen, dass diese Unterschiede in den Altersgruppen in einer

geringeren Risikowahrnehmung für Jüngere, oder aber auch in einer höheren Betroffenheit der wirtschaftlichen Auswirkungen für Jüngere liegen.

Lediglich in der Annahme, dass eine langanhaltende Wirtschaftskrise deutlich schlimmere Auswirkungen auf Deutschland hat als die Corona-Epidemie sowie der konspirativen Aussage bzgl. des Machtmissbrauchs von Eliten herrscht größere Einigkeit zwischen den Altersgruppen.

Abb. 3: Zustimmung nach Altersgruppe (in Prozent)



Gewichtete Werte, balanciertes Panel N = 6.309.
* = p <. 05, ** = p < .01, *** = p < .001

Quelle: HBS Erwerbspersonenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

Inwieweit die Region, in der die Befragten leben, eine Rolle spielt, wird im Folgenden dahingehend betrachtet, ob die Befragten in Ost- oder West-

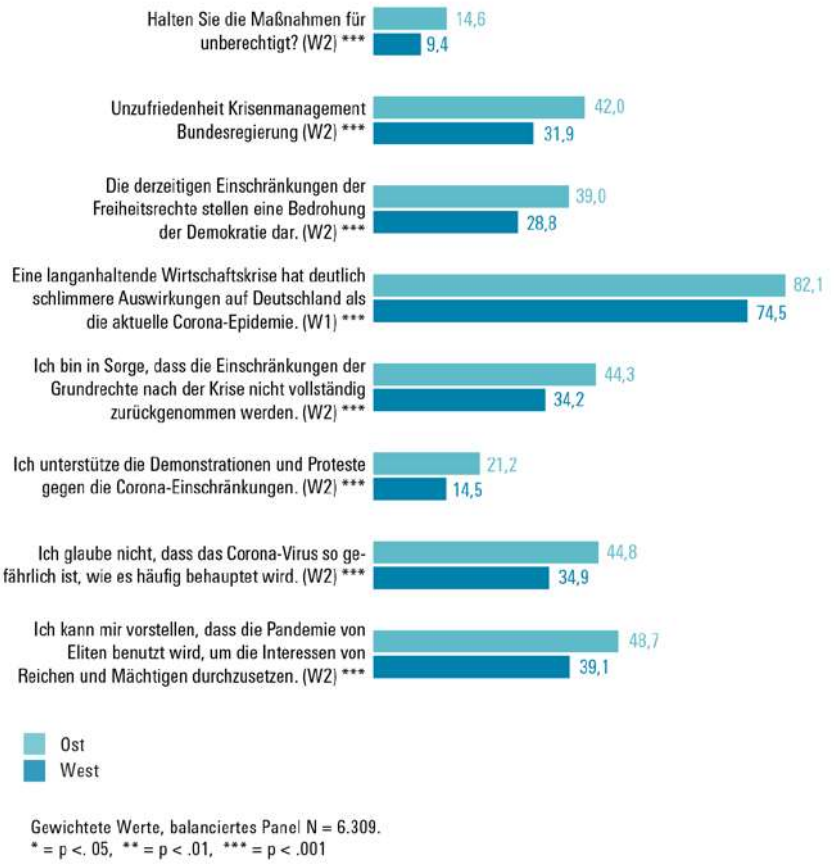
deutschland leben (Abb. 4).[3] Über alle Aussagen hinweg stimmen Erwerbspersonen in Ostdeutschland den Aussagen häufiger zu als Erwerbspersonen in Westdeutschland, mit teilweise erheblichen Unterschieden im Zustimmungsausmaß. Bei der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, der Einschätzung, dass die Schutzmaßnahmen unberechtigt sind, und der Unterstützung der Proteste und Demonstrationen sind die Werte im Osten um rund ein Drittel höher als im Westen.

Nun könnte vermutet werden, dass diese Unterschiede darauf zurückzuführen sind, dass sich die Befragten in Ost und West anhand wichtiger Merkmale unterschiedlich zusammensetzen. Zusätzliche Analysen zeigen jedoch, dass diese Differenz auch nicht auf drei solcher Merkmale zurückzuführen sind, die potenziell Ursachen für die regionalen Unterschiede sein könnten: die geringere Urbanität im Osten, die im Osten insgesamt geringeren Corona-Fallzahlen in den Bundesländern je 100.000 Einwohner oder die dort womöglich stärker erfahrenen finanziellen Belastungen der Befragten durch Corona. Zusätzliche Regressionsanalysen weisen darauf hin, dass die Zustimmungswerte in Ostdeutschland auch dann noch höher sind, wenn diese potenziellen weiteren Ursachen berücksichtigt werden.

Vielmehr zeigen zusätzliche vergleichende Analysen für Befragte aus Ostdeutschland einen niedrigen Bildungsstand und erfahrene Einkommenseinbußen als bedeutend enger mit der Zustimmung zu den Aussagen verknüpft als für Befragte in Westdeutschland. Somit treten diese Faktoren im Osten der Republik deutlich häufiger zusammen mit Unzufriedenheit und Zweifel an den Maßnahmen auf als im Westen. Dies deutet darauf hin, dass sich nicht nur das Ausmaß der Zustimmung in Ost und West unterscheidet, sondern auch die Prozesse und Ursachen, die zu der Unzufriedenheit führen.

[3] Die Zuordnung erfolgte anhand der Angabe des Bundeslandes, in dem die Befragten leben. Fälle aus Berlin wurden aufgrund der unklaren Zuordnung zu Ost oder West exkludiert, wiesen aber im Vergleich zu Ost und West die signifikant niedrigsten Zustimmungswerte auf.

Abb. 4: Zustimmung nach Region Ost/West (in Prozent)



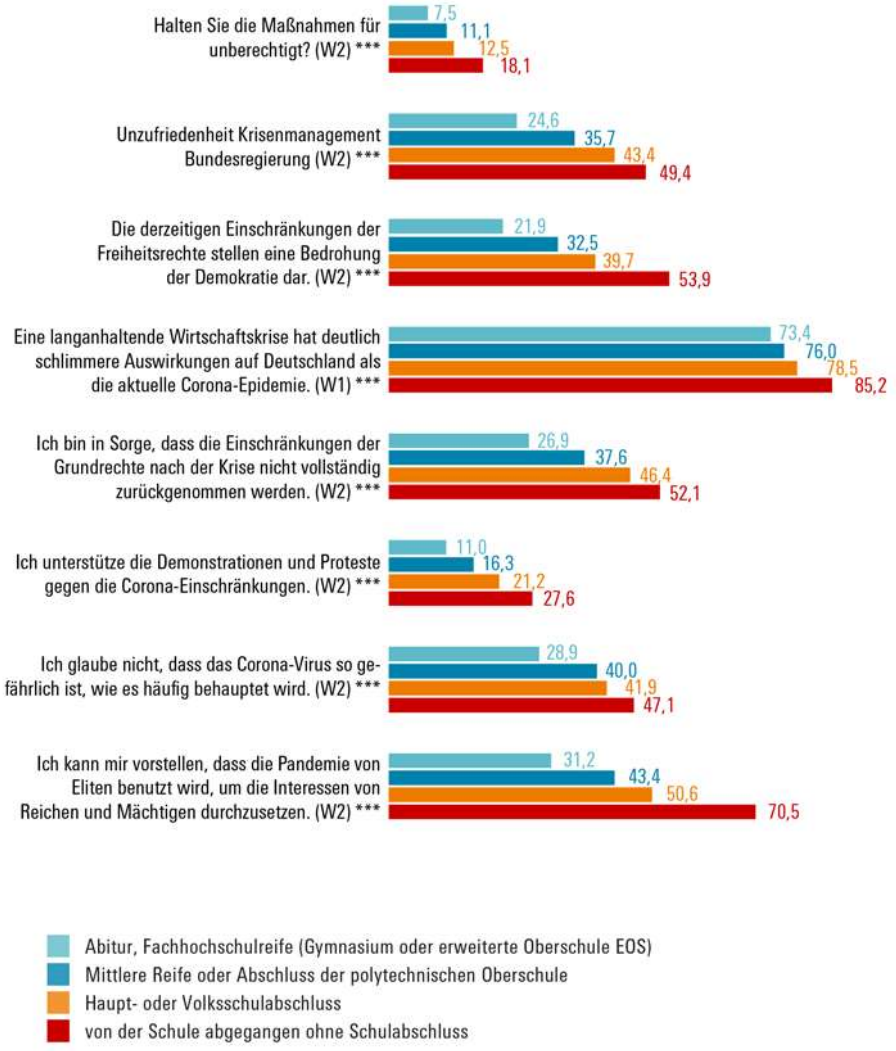
Quelle: HBS Erwerbspersonenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

Ebenfalls groß sind die Differenzen in der Zustimmung, wenn der höchste erreichte Schulabschluss der Befragten verglichen wird (Abb. 5). Hier gilt ohne Ausnahme für alle betrachteten Aussagen, dass, je niedriger der Schulabschluss der Befragten, desto höher die Zustimmung zu den Aussagen. Insbesondere in der Gruppe der Befragten ohne Schulabschluss sind die Zustimmungswerte außerordentlich hoch, wobei hier unbedingt einschränkend berücksichtigt werden muss, dass die Fallzahl für diese Gruppe klein ist (N = 40) und die Aussagekraft daher eingeschränkt ist. Aber auch ohne diese Gruppe sind die Unterschiede bedeutend, statistisch hoch signifikant und linear. Beispielsweise ist die Unterstützung der Demonstrationen und Proteste knapp doppelt so hoch unter Befragten mit Volks- und Hauptschulabschuss als unter Befragten mit Abitur oder Fachhochschulreife. Diese Befunde könnten als Übereinstimmung mit der Defizithypothese interpretiert werden, die eine weitere Verbreitung von Verschwörungsmythen bei Personen mit niedrigerem Bildungsstand annimmt. Einschränkend ist hier jedoch zu erwähnen, dass bei diesen rein deskriptiven Analysen keine weiteren Faktoren – wie beispielsweise konkretere Merkmale des Kontrollverlusts – berücksichtigt wurden, die bei Befragten mit niedrigem

Bildungsstand besonders ausgeprägt und für den Zusammenhang verantwortlich sein könnten.

Abb. 5: Zustimmung nach höchstem Schulabschluss (in Prozent)



Gewichtete Werte, balanciertes Panel N = 6.309.
* = p <. 05, **= p < .01, *** = p < .001

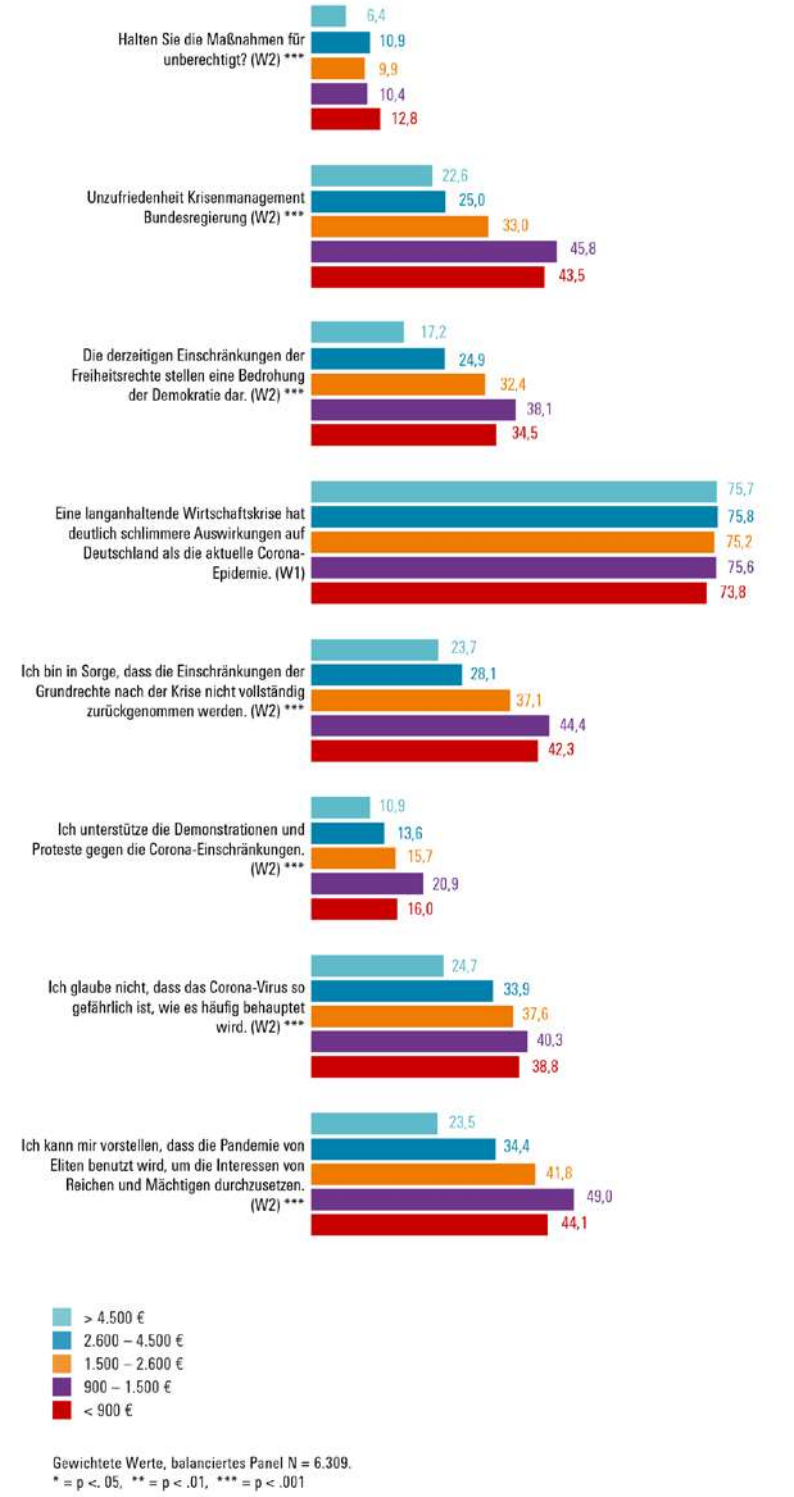
Quelle: HBS Erwerbstätigenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

Nicht ganz so extrem, aber dennoch markant erweisen sich die Differenzen im Antwortverhalten bezüglich der verschiedenen Einkommensgruppen (Abb. 6). Zwar zeigt sich auch hier in der Tendenz ein linearer Effekt im Sinne der höheren Zustimmung bei niedrigerem Einkommen, jedoch gilt dies nicht für alle Einkommensgruppen durchgängig. Zwischen Erwerbspersonen in den unteren Einkommensgruppen bis zu einem monatlichen Individualnettoeinkommen von 1.500 € zeigt sich nicht durchgehend der

Trend des niedrigeren Einkommens verknüpft mit den unzufriedeneren Einstellungen. Zudem sieht man insbesondere bei den größeren Sorgen vor einer langanhaltenden Wirtschaftskrise als vor der Corona-Epidemie keinerlei Unterschiede zwischen Befragten mit unterschiedlichen Einkommen. Anders ist dies für die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, der Sorge, dass die Einschränkungen nicht zurückgenommen werden, den Zweifeln an der Gefährlichkeit des Virus und auch der Aussage zur konspirativen Rolle von Eliten – hier stimmen Befragte mit niedrigen Einkommen teilweise doppelt so häufig zu, wie Befragte mit hohen Einkommen.

Abb. 6: Zustimmung nach persönlichem Nettoeinkommen (in Prozent)



Gewichtete Werte, balanciertes Panel N = 6.309.
* = p <. 05, ** = p < .01, *** = p < .001

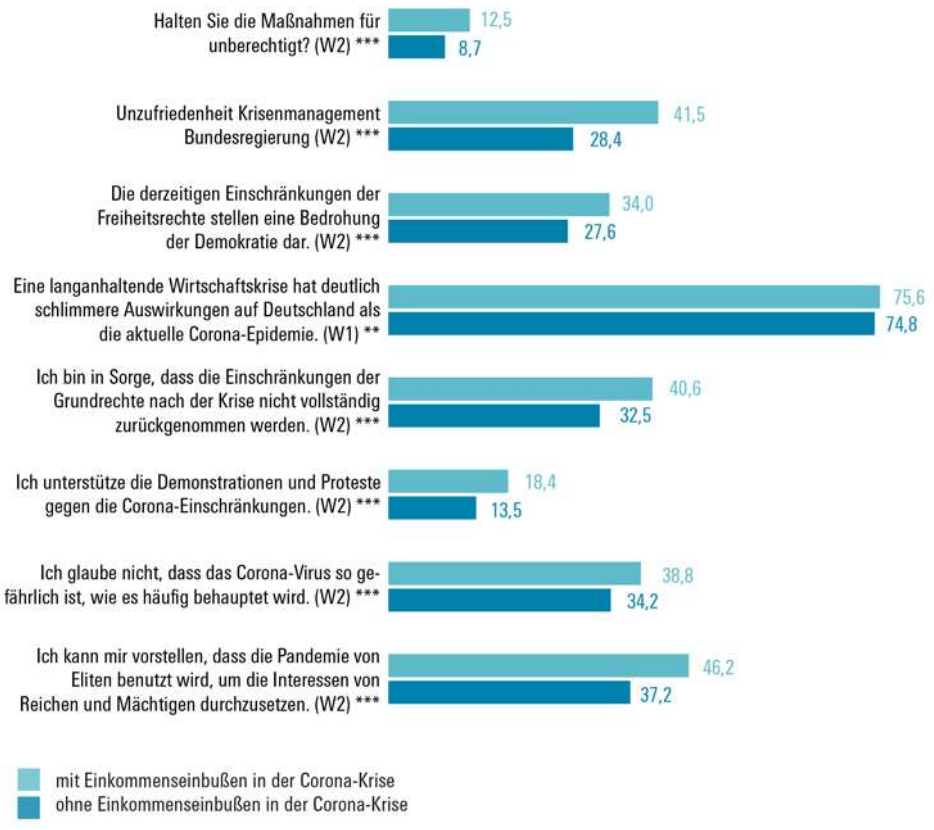
Quelle: HBS Erwerbspersonenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

Zudem wird im Folgenden unterschieden zwischen Befragten, die in einer der Befragungen angaben, während der Corona-Krise Einbußen beim persönlichen Einkommen hingenommen zu haben und Befragten, die keine

Einbußen hatten. Wie vorherige Analysen zeigten (Hövermann 2020, Hövermann & Kohlrausch 2020) überlappt sich dies nicht unerheblich mit Bildungsstand und Einkommen, da insbesondere Befragte aus benachteiligten Schichten Einkommenseinbußen hinnehmen mussten. Wie folglich anhand der zuvor beschriebenen Befunde zu erwarten, zeigen sich nun auch hinsichtlich dieser Variablen statistisch signifikante Unterschiede im Antwortverhalten, insofern, als dass Befragte mit Einbußen stärker zustimmen als Befragte ohne Einbußen (Abb. 7). Besonders groß sind die Differenzen hier bezüglich der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, der Unterstützung der Corona-Demonstrationen und Proteste und der konspirativen Aussage zum Einfluss der Eliten. Die größere Unzufriedenheit erscheint zumindest insofern als nicht ganz unplausibel, wenn man bedenkt, dass diese Gruppe negative finanzielle Folgen hinnehmen mussten. Die stärkere Zustimmung zu der Verschwörungsaussage kann als Folge des im Rahmen der Einbußen erfahrenen Kontrollverlusts interpretiert werden.

Abb. 7: Zustimmung nach Erwerbspersonen mit und ohne Einkommenseinbußen in der Corona-Krise (in Prozent)



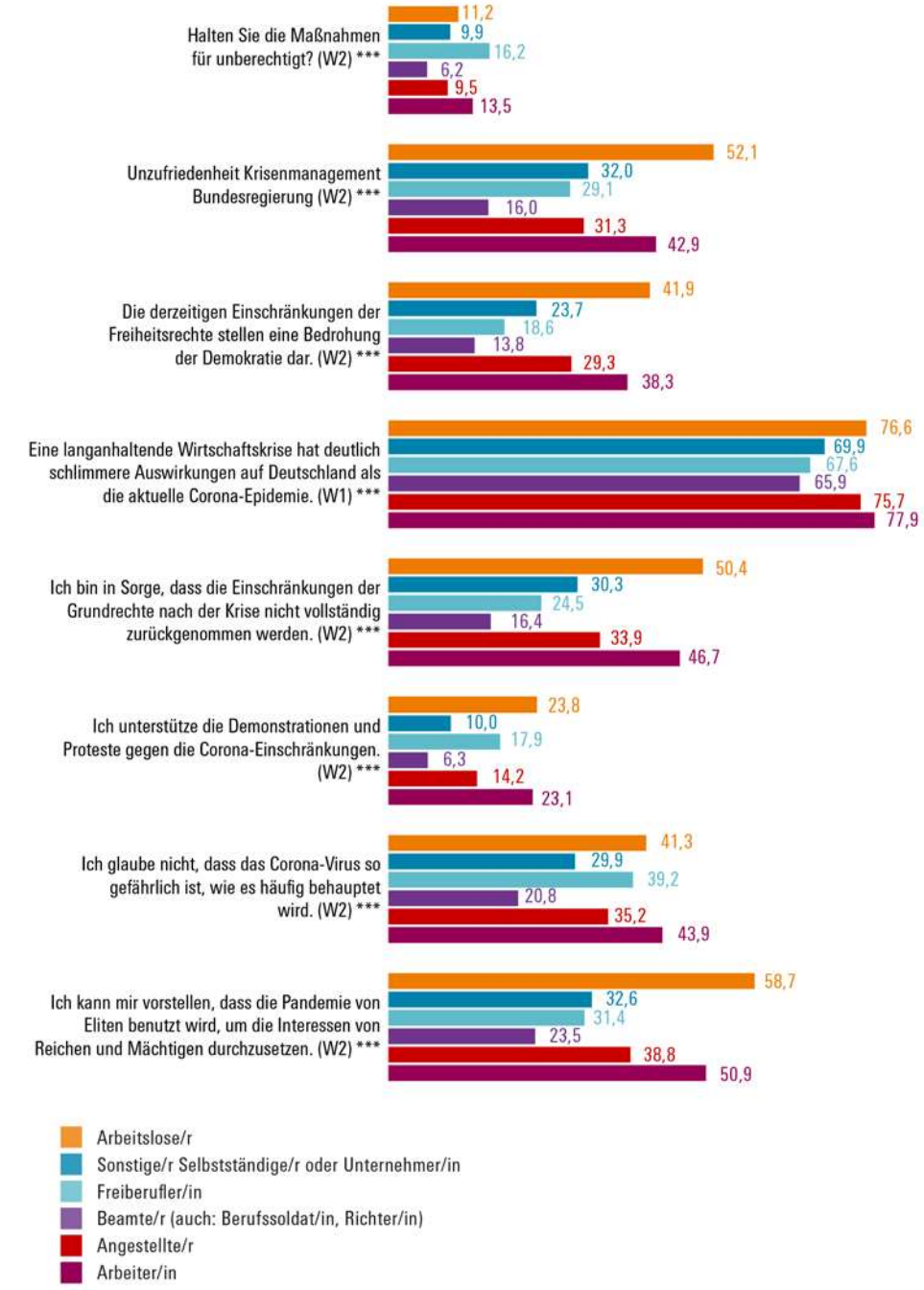
Gewichtete Werte, balanciertes Panel N = 6.309.
* = p <. 05, ** = p < .01, *** = p < .001

Quelle: HBS Erwerbspersonenbefragung, eigene Berechnungen.

Als ein weiterer relevanter Faktor für das Antwortverhalten erweist sich die Art der Tätigkeit (Abb. 8). Durchgehend für alle Aussagen außergewöhnlich niedrige Zustimmungswerte weisen Beamte und Beamtinnen auf. Durchschnittlich hoch erscheinen die Zustimmungsraten von Angestellten. Hingegen stimmen Arbeiter und Arbeiterinnen allen Aussagen signifikant häufiger zu als Angestellte und Beamt*innen. Das Antwortverhalten von Freiberufler*innen und Selbstständigen ist hingegen uneindeutig. Während hier eine im Vergleich eher geringe Zustimmung zu Sorgen vor einer langanhaltenden Wirtschaftskrise, zur Sorge, dass die Einschränkungen nicht zurückgenommen werden oder zur konspirativen Rolle von Eliten herrscht, sind die Zustimmungen bei anderen Aussagen relativ hoch. So werden insbesondere von den hart vom Lockdown betroffenen Freiberufler*innen die Schutzmaßnahmen als unberechtigt und das Virus als nicht so gefährlich eingestuft. Dennoch ist in diesen Gruppen die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung oder die Unterstützung der Corona-Proteste nicht bedeutend höher als im Durchschnitt der Erwerbspersonen.

Als eine weitere Vergleichsgruppe sind hier arbeitslose Personen aufgeführt – eine Gruppe, die häufig ebenfalls ein hohes Maß an Kontroll- und Sicherheitsverlust erlebt. Sie weisen für alle Aussagen sehr hohe Zustimmungswerte auf – insbesondere für die Zustimmung zu dem Verschwörungsitem und der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung.

Abb. 8: Zustimmung nach Tätigkeit (in Prozent)



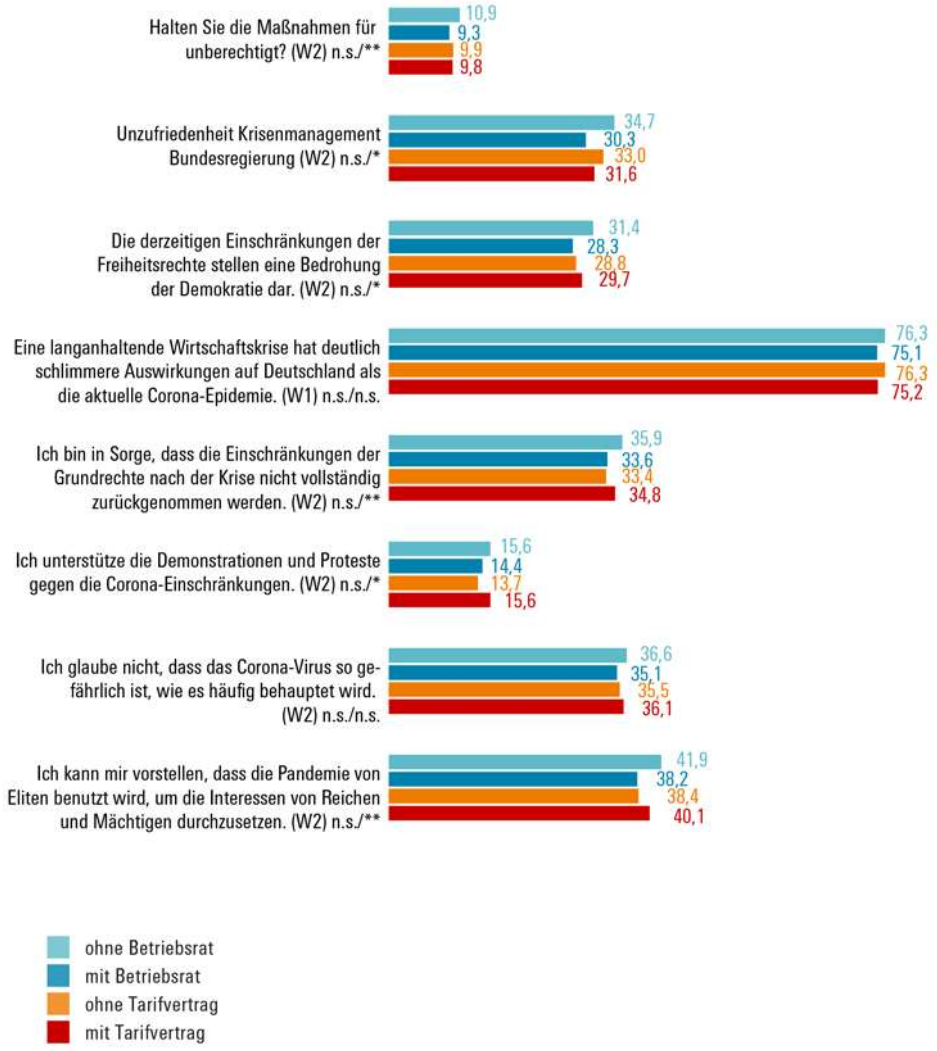
Gewichtete Werte, balanciertes Panel N = 6.309.
* = p <. 05, ** = p < .01, *** = p < .001

WSI

Quelle: HBS Erwerbstätigenbefragung, eigene Berechnungen.

Wenn schließlich betrachtet wird, ob sich die Zustimmung danach unterscheidet, ob die Befragten in mitbestimmten oder nicht-mitbestimmten Betrieben und Unternehmen angestellt sind, sind die Differenzen nur gering (Abb. 9). Wenn Unterschiede zu finden sind, zeigen Erwerbspersonen, die ohne Betriebsrat beschäftigt sind, eine höhere Zustimmung als Befragte, die mit Betriebsrat beschäftigt sind.

Abb. 9: Zustimmung nach Mitbestimmung (in Prozent)



Gewichtete Werte, balanciertes Panel N = 5.475.
* = p <. 05, ** = p < .01, *** = p < .001, n.s. = nicht signifikant. Signifikanztests Tarifvertrag/Betriebsrat

Quelle: HBS Erwerbstätigenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

4.3 Bei wem verändern sich die Einstellungen?

In einem letzten Schritt wird die Stabilität der Einstellungen über die Zeit analysiert. Dazu können nur die drei Aussagen im Fragebogen herangezogen werden, die den Befragten zu beiden Zeitpunkten vorgelegt wurden.

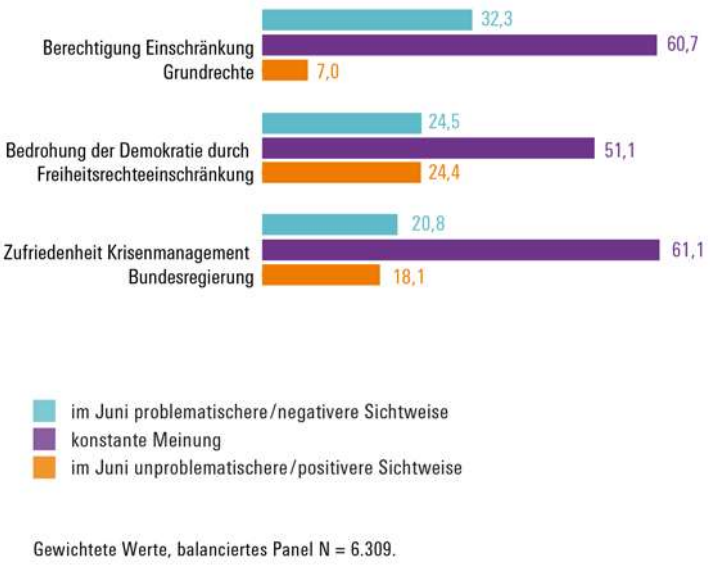
In Abbildung 10 wird ersichtlich, dass ein Großteil der Befragten identisch auf die Aussagen an beiden Zeitpunkten geantwortet hat. Konkret sind es rund die Hälfte der Befragten, die zu beiden Zeitpunkten gleich auf die Frage geantwortet haben, ob Freiheitsrechteeinschränkungen eine Bedrohung

der Demokratie darstellen. Sogar rund 60 Prozent der Befragten äußern eine gleichbleibende Meinung zur Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung und zur Berechtigung der Einschränkung von Grundrechten.

Interessanter sind hier jedoch die Veränderungen, um die es im Folgenden ausführlicher gehen soll. Zudem wird aus Abbildung 10 ersichtlich, dass ein deutlich größerer Anteil der Befragten, die Einschränkungen der Grundrechte zum späteren Zeitpunkt als weniger berechtigt ansieht als noch im April (32,3 Prozent). Lediglich 7 Prozent äußern hier zum späteren Zeitpunkt eine größere Berechtigung der Einschränkung der Grundrechte.

Deutlich ausgeglichener fallen die Veränderungen bei den anderen beiden Aussagen aus. Hier sind es jeweils ähnlich viele Befragte, die zu einem späteren Zeitpunkt positivere oder negativere Aussagen tätigen.

Abb. 10: Veränderung der Einstellungen zwischen April und Juni (in Prozent)



Gewichtete Werte, balanciertes Panel N = 6.309.

Quelle: HBS Erwerbstätigenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

Bis hierhin lässt sich somit festhalten, dass bei einem großen Teil der Befragten trotz der sehr unterschiedlichen Zeitpunkte innerhalb der Pandemie keine Veränderungen der Einstellungen ersichtlich sind. Während sich die Veränderungen bei der Bewertung der Bundesregierung und der Bedrohung der Demokratie nahezu die Waage halten, ist bei der Einschätzung der Einschränkung der Grundrechte ein größerer Widerstand im Laufe der Pandemie unter den Befragten zu verzeichnen.

Abschließend wird im Folgenden betrachtet, ob Veränderungen in bestimmten Gruppen von Befragten besonders deutlich auftreten. Dazu wurden für die drei Items, die die Veränderung der Antworten der Befragten von Juni zu April abbilden, lineare Regressionen berechnet (siehe Tabelle 1).[4] Abgebildet ist also, ob bestimmte Variablen die Veränderung in den Einstellungen besonders gut erklären.[5]

Tabelle 1: Ergebnisse lineare Regressionen zu Veränderungen der Einstellungen zwischen April und Juni

	Maßnahmen unberechtigter im Juni	größere Bedrohung der Demokratie durch Freiheitsrechteeinschränkung im Juni	größere Unzufriedenheit Krisenmanagement Bundesregierung im Juni
Geschlecht (1m 2w)	0,02	**0,03†**	-0,01
Alter	**-0,06 *****	**-0,05 ****	**0,04 ****
aus Ost-Bundesland	**0,04 ***	-0,00	0,01
Schulbildung	**-0,08 *****	**-0,08 *****	**-0,03 ***
Individualnetto-Einkommen	**-0,03 †**	**-0,04 ***	**-0,03 †**
Einkommensverlust (persönlich)	-0,02	-0,02	-0,02
Arbeiter (Referenz: Angestellte)	**0,03 ****	**0,03 ***	0,02
Beamte (Referenz: Angestellte)	-0,01	-0,00	0,01
Gemeindegröße	**-0,03***	**-0,03 ***	-0,00
mit Kindern und/oder Jugendliche/r im Haushalt	**0,04 ****	0,02	**0,04 ***
Migrationshintergrund	-0,01	-0,01	**-0,03 †**
Gewerkschaftsmitgliedschaft	-0,00	**-0,03 †**	**-0,03 †**
kein Tarifvertrag	0,01	-0,02	0,00
kein Betriebsrat	0,01	-0,03	**-0,05 ****
korrigiertes R^2	*0,02*	*0,02*	*0,01*

Gewichtete Werte, balanciertes Panel.
Fett = signifikanter Effekt.
N = 4.695.
† = p <.10, * = p <. 05, ** = p < .01, *** = p < .001.

Quelle: HBS Erwerbstätigenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

[4] Konkret wurden dazu Variablen erstellt, die die Werte der Befragten im April von den Werten im Juni subtrahieren. Befragte, die auf dieser neu erstellten Variable den Wert „0" erhalten, haben demnach im Zeitverlauf identisch geantwortet; Befragte mit positiven Werten haben zum späteren Zeitpunkt negativere Einstellungen; Befragte mit negativen Werten positivere Einstellungen. Aufgrund der Skalierung der Ausgangsvariablen liegt der Wertebereich für das Item „Maßnahmen unberechtigter" zwischen -4 und +4 und für die anderen beiden Items zwischen -3 und +3.

[5] Die Fallzahl in diesen Analysen ist geringer als in den vorherigen, da hier aufgrund der Berücksichtigung von Variablen des Tarifvertrags oder Betriebsrats lediglich nicht-selbstständige Erwerbstätige berücksichtigt werden. In zusätzlichen Modellen ohne die Variablen Tarifvertrag und Betriebsrat, aber dafür mit höheren Fallzahlen (N = 6.309), zeigen Selbstständige und Freiberufler*innen eher positivere Einstellungen im Verlauf der Pandemie als zu Beginn.

Zwar ist zunächst einschränkend zu sagen, dass die erklärte Varianz der drei Modelle als gering einzuschätzen ist, jedoch lassen sich dennoch signifikante Effekte aufzeigen. Auffällig ist, dass die Einstellungen unter Befragten mit niedriger Schulbildung – einer Gruppe, die besonders stark unter den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise gelitten hat (vgl. Hövermann 2020) – zu allen drei Aussagen kritischer geworden sind. Ähnliches gilt leicht abgeschwächt für Befragte mit niedrigem Einkommen, Befragte mit Kindern und Jugendlichen im Haushalt und Arbeiter*innen – ebenfalls Gruppen, die besonders stark in der Corona-Krise belastet wurden (Kohlrausch & Hövermann 2020). Hier ist anzunehmen, dass ein Teil der Ursache für die größere Unzufriedenheit im Verlauf der Pandemie genau in diesen stärker erfahrenen Belastungen dieser Gruppen zu sehen ist. Ein eigenständiger Effekt des Vorhandenseins von Einkommensverlusten selbst ist jedoch nicht aufzuzeigen, sodass dieser per se nicht mit einer kritischeren Sichtweise verbunden ist. Vielmehr könnte die Belastung in den oben genannten Gruppen durch ein besonders großes Ausmaß und im Falle der Eltern durch äußerst zehrende Rollenkonflikte vorliegen und dadurch enger mit größerer Unzufriedenheit zusammenhängen.

Interessant sind zudem die Befunde bezüglich des Alters und der Gemeindegröße. Hier könnte man annehmen, dass junge Befragte sowie Befragte aus kleineren Orten eine (relativ betrachtet) geringere direkte gesundheitliche Bedrohung durch das Virus wahrnehmen – für Jüngere durch die deutlich glimpflicheren Krankheitsverläufe und für Befragte aus kleineren Orten durch die geringeren Ansteckungsrisiken aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte außerhalb der Ballungsräume. Entsprechend zeigen sich hier auch die Befunde, da jüngere Befragte und Befragte aus kleineren Orten im Verlauf der Pandemie die Maßnahmen als unberechtigter empfinden und eine größere Bedrohung der Demokratie äußern. Konträr zu diesen Befunden liegt jedoch die größere Unzufriedenheit unter Älteren mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung zum späteren Zeitpunkt. Eine spekulative Interpretation könnte hier sein, dass aufgrund der weitgehenden Öffnungen nach dem Lockdown unter den Älteren ein größerer Schutz aufgrund der größeren Gefährdung der Älteren gewünscht wird.

5 Fazit und Diskussion

Der vorliegende Policy Brief offenbart eine erhebliche Verbreitung an kritischen Einstellungen zur Pandemie und zum politischen Umgang damit. Während 15 Prozent der Erwerbspersonen die Anti-Corona Proteste unterstützen, äußern sich rund ein Drittel der Befragten unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung. Ähnlich viele sehen in den Einschränkungen eine Bedrohung der Demokratie oder sind in Sorge, dass die Einschränkungen der Grundrechte nach der Krise nicht wieder zurückgenommen werden. Rund 40 Prozent der Befragten glauben nicht, dass das Virus so gefährlich ist, „wie es häufig behauptet wird“ oder können sich vorstellen, „dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen“. Diese Zustimmungswerte sind alles andere als unbedeutend, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Analyse zudem einen tendenziellen Anstieg der Unzufriedenheit bei einigen Aussagen im Zeitverlauf aufzeigt.

Nicht weniger relevant erscheint der Befund, dass die Aussagen zu Unzufriedenheit, Zweifel und den Verschwörungsmythen empirisch eng miteinander zusammenhängen – also besonders häufig diejenigen, die unzufrieden sind auch Verschwörungsmythen über das Virus teilen. Bei zahlreichen Befragten liegt also nicht bloß eine Unzufriedenheit vor, sondern diese ist meist gepaart mit generellen Zweifeln und dem Teilen von Verschwörungsmythen.

Bei der Frage, wer oder welche Gruppen besonders häufig den Aussagen zustimmen, fallen verschiedene Muster ins Auge. Zum einen äußern junge Befragte deutlich häufiger als ältere Befragte kritische, unzufriedene Einstellungen – mit Ausnahme der Aussage zu den Verschwörungsmythen, die in allen Altersklassen Anklang findet. Hier ist naheliegend, dass die Unterschiede in einer Mischung aus geringerer Risikowahrnehmung für Jüngere bei gleichzeitiger hoher Betroffenheit durch die wirtschaftlichen Auswirkungen für Jüngere zu suchen sind.

Große Differenzen in den Einstellungen zeigen sich auch bezüglich des Bildungsstands der Erwerbspersonen, da hier – analog zur Defizithypothese – Befragte mit niedrigerer Schulbildung bedeutend häufiger den Aussagen zustimmen. Zwei weitere Motive liegen hier jedoch ebenso nahe, insbesondere wenn man weitere Befunde hinzuzieht: auch Befragte mit niedrigerem Einkommen, arbeitslose Befragte und Befragte, die Einkommenseinbußen hinnehmen mussten, fallen mit hohen Werten auf. Entsprechend zeigen hier Gruppen, die besonders stark unter der Krise leiden – sei es durch Sorgen oder Belastungen (vgl. Hövermann 2020) – größere Unzufriedenheit. Hier könnte dementsprechend eine stärkere direkte Betroffenheit der Treiber für Unzufriedenheit sein. Zudem ist hier zumindest für die verschwörungstheoretischen Aussagen auch das wichtige Motiv der Kompensation zu nennen, da diese Gruppen durch die hohen Belastungen und Einbußen ein erhebliches Maß an individuellem Kontroll- und Sicherheitsverlust hinzunehmen hatten und die Mythen hier ein Versuch der Kompensation darstellen könnten.

Ein weiteres Muster zeigt sich beim Vergleich der Zustimmungen in Ost- und Westdeutschland. Während sich die Lastenverteilung in der Krise in den Daten in weiteren Analysen zwischen Ost und West als ähnlich erwies (Hövermann & Kohlrausch 2020), äußerten Erwerbspersonen im Osten Deutschlands bedeutend häufiger Unzufriedenheit und Zweifel. Auch mit dort vorhandenen geringeren Risikofaktoren wie der geringeren Urbanität oder den geringeren Corona-Fallzahlen ist dieser Unterschied empirisch allein nicht zu erklären. Vielmehr könnte hier ein bereits viel zitiertes geringeres politisches Institutionenvertrauen im Osten eine Rolle spielen (vgl. z. B. Decker et al. 2019, Holtmann & Jaeck 2015). Entsprechend zeigen sich auch besonders große Differenzen in der Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung zwischen Ost und West. Ein niedriger Bildungsstand, aber auch erfahrene Einkommenseinbußen sind im Osten – wenn sie auftreten – direkt deutlich enger mit negativen Einstellungen verknüpft als im Westen.

Bei den Analysen im letzten Schritt zur Frage nach negativen Entwicklungen der Einstellungen fielen vor allem zwei Motive auf: Zum einen äußerten insbesondere diejenigen Gruppen, die besonders stark unter den Corona-Maßnahmen durch Belastungen und Sorgen gelitten haben (vgl. Hövermann 2020), zum späteren Zeitpunkt negativere und unzufriedenere Einstellungen. Das betrifft Befragte mit niedriger Schulbildung, mit niedrigem Einkommen, aber auch Befragte mit Kindern oder Jugendlichen im Haushalt. Hier ist davon auszugehen, dass die erheblichen Zusatzbelastungen einen Einfluss auf die Zufriedenheit nach sich zogen. Ausnahme bilden hier die Selbstständigen und Freiberufler*innen, deren Einstellungen im Laufe der Pandemie nicht negativer wurden trotz bedeutender Belastungen und Einbußen. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass diese Gruppen – wie weitere Analysen zeigten (Hövermann & Kohlrausch 2020) – die Einbußen vor allem zu Beginn der Pandemie hinnehmen mussten und sich ihre finanzielle Situation im Laufe der Pandemie nicht weiter verschlechterte.

Zum anderen könnte bei der Entwicklung der Einstellung auch die womöglich relativ geringere Risikoeinschätzung eine Rolle spielen. Insbesondere in kleineren Orten, in denen zum einen die Fallzahlen insgesamt niedriger sind und auch sonst durch die geringere Bevölkerungsdichte außerhalb der Ballungsräume ein geringeres Ansteckungsrisiko vorhanden ist, zeigen sich im Verlaufe der Pandemie negativere Einstellungen. Auch die im Verlauf stärkere Zustimmung beispielsweise bei der Einschätzung der Schutzmaßnahmen als unberechtigt insbesondere unter jungen Befragten ließe sich als unnötig starke Einschränkung bei eher gering eingeschätztem Risiko interpretieren.

Zudem fällt im Gesamtbild der Befunde auf, dass diejenigen Gruppen, die ohnehin schon größere Unzufriedenheit und Zweifel geäußert haben, weitgehend auch diejenigen Gruppen sind, die im Laufe der Pandemie noch kritischer wurden. Hier lässt sich also ablesen, wie sich in vielen Fällen ein ohnehin vorhandener Zweifel weiter verstärkt hat.

Alles in allem zeigen die Analysen ein erhebliches Ausmaß an Konfliktpotenzial in der Bevölkerung über die Corona-Schutzmaßnahmen. Wie eng hier Zweifel, Unzufriedenheit und obskure Verschwörungsmythen zusammenhängen, sollte aufhorchen lassen, da letztere schnell zu einer Abkopplung vom demokratischen Diskurs führen können und mit Gewaltbefürwortung verknüpft sind. Vor diesem Hintergrund ist als ebenso problematisch zu interpretieren, dass vor allem diejenigen Befragten den Zweifeln und Mythen zustimmen, die stark durch die Pandemie belastet sind und dadurch häufig enorme Kontrollverluste erleiden, die sie zu kompensieren versuchen. Die Analysen zeigen wie in einigen Gruppen, die ohnehin schon ein erhebliches Ausmaß an Kontrollverlust und Vertrauensmangel aufweisen, der durch die Pandemie ausgelöste zusätzliche Kontrollverlust mit erheblicher Unzufriedenheit und Zweifel verknüpft ist. Umso wichtiger erscheint hier die stärkere Berücksichtigung von benachteiligten und stark belasteten Bevölkerungsgruppen bei der Vergabe von staatlichen Hilfsmaßnahmen, um Prozessen des Kontrollverlusts entgegenzuwirken, politisches Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und letztlich der Gefahr entgegenzuwirken, dass Menschen sich aus dem demokratischen Diskurs verabschieden.

Literatur

Bilewicz, M./Winiewski, M./Kofta, M./Wójcik, A. (2013): Harmful ideas: the structure and consequences of anti-Semitic belief in Poland. Political Psychology, 34 (6), S. 821-839. https://www.jstor.org/stable/43783763.

Bost, P. R./Prunier, S. G. (2013): Rationality in conspiracy beliefs: the role of perceived motive. Psychological Reports, 113 (1), S. 118-128. https://doi.org/10.2466/17.04.PR0.113x17z0.

Cichoka, A./Marchlewska, M./Golec de Zavala, A./Olechowski, M. (2016): „They will not control us": In-group positivity and belief in intergroup conspriacies. British Journal of Psychology, 107 (3), S. 556-576. https://doi.org/10.1111/bjop.12158.

Decker, F./Best, V./Fischer, S./Küppers, A. (2019): Vertrauen in Demokratie – Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der SPIEGEL (2020): Corona-Proteste in Berlin – Faktencheck zur Teilnehmerzahl. Abrufbar via: https://archive.is/gsc33. Zuletzt abgerufen am 8.10.2020, 13:17.

Douglas, K. M./Sutton, R. M./Callan, M. J./Dawtry, R. J./Harvey, A. J. (2016): Someone is pulling the strings: Hypersensitive agency detection and belief in conspiracy theories. Thinking and Reasoning, 22 (1), S. 57-77. https://psycnet.apa.org/doi/10.1080/13546783.2015.1051586.

Douglas, K. M./Sutton, R. M./Cichocka, A. (2017): The psychology of conspiracy theories. Current Directions in Psychological Science, 26 (6), S. 538-542. https://doi.org/10.1177/0963721417718261.

Goertel, T. (1994): Belief in conspiracy theories. Political Psychology, 15 (4), S. 731-742. https://www.jstor.org/stable/3791630.

Hövermann, A. (2020): Soziale Lebenslagen, soziale Ungleichheit und Corona – Auswirkungen für Erwerbstätige, WSI Policy Brief 44, 06/2020.

Hövermann, A./Kohlrausch, B. (2020): Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung, WSI-Mitteilungen 6/2020, S. 485-492. DOI: 10.5771 /0342-300X-2020-6-485.

Holtmann, E./Jaeck, T. (2015): Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (33–34), S. 35–46.

Imhoff, R./Bruder, M. (2014): Speaking (un-) truth to power: Conspiracy mentality as a generalised political attitude. European Journal of Personality, 28 (1), S. 25-43. https://doi.org/10.1002/per.1930.

Imhoff, R./Lamberty, P. (2018): How paranoid are conspiracy believers? Toward a more fine-grained understanding of the connect and disconnect between paranoia and belief in conspiracy theories. European Journal of Social Psychology, 48 (7), S. 909-926. https://doi.org/10.1002/ejsp.2494

Imhoff, R./Lamberty, P. (2020): A bioweapon or a hoax? The link between distinct conspiracy beliefs about the Coronavirus disease (COVID-19) outbreak and pandemic behavior. Accepted for publication at Social Psychological and Personality Science. OnlineFirst. https://doi.org/10.1177/1948550620934692.

Imhoff, R./Lamberty, P./Klein, O. (2018): Using power as a negative cue: How conspiracy mentality affects epistemic trust in sources of historical knowledge. Personality and Social Psychology Bulletin, 44 (9), S. 1364-1379. https://doi.org/10.1177/0146167218768779.

Kohlrausch, B./Hövermann, A. (2020): Arbeit in der Krise. Blog-Beitrag „Work on Progress". https://www.wsi.de/de/blog-17857-arbeit-in-der-krise-27098.htm. Zuletzt abgerufen: 9.10.2020, 15:48.

Lamberty, P./Imhoff, R. (2018): Powerful Pharma and Its Marginalized Alternatives? Social Psychology, 49 (5), S. 255-270. https://doi.org/10.1027/1864-9335/a000347.

Leman, P. J./Cinnirella, M. (2007): A major event has a major cause: Evidence for the role of heuristics in reasoning about conspiracy theories. Social Psychological Review, 9 (2), S. 18-28.

Lewandowsky, S./Cook, J. (2020): The Conspiracy Theory Handbook. Abrufbar unter: http://sks.to/conspiracy.

Nocun, K./Lamberty, P. (2020): Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Köln: Quadriga.

Rees, J./Lamberty, P. (2019): Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, in: Zick, A./Küpper, B./Berghan/W. (Hrsg.), Verlorene Mitte, feindselige Zustände – rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz Verlag, S. 203-222.

Van Bavel, J. J./Boggio, P./Capraro, V./Cichocka, A./Cikara, M./Crockett, M., ... & Ellemers, N. (2020): Using social and behavioural science to support COVID-19 pandemic response, Nature Human Behaviour, 4, S. 460-471. https://doi.org/10.1038/s41562-020-0884-z.

Van Prooijen, J. W./Douglas, K. M. (2017): Conspiracy theories as part of history: The role of societal crisis situations. Memory Studies, 10, S. 323-333. https://doi.org/10.1177/1750698017701615.

Anhang

Tabelle Anhang: Interkorrelationen der Items

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
(1) Einschränkungen der Freiheitsrechte stellen Bedrohung der Demokratie dar – W1	1	,52	,53	,45	,35	,34	,19	,47	,43	,38	,34
(2) Einschränkungen der Freiheitsrechte stellen Bedrohung der Demokratie dar – W2		1	,42	,62	,40	,51	,20	,73	,61	,60	,54
(3) Halten Sie die Maßnahmen für unberechtigt? W1			1	,52	,40	,38	,16	,37	,42	,39	,25
(4) Halten Sie die Maßnahmen für unberechtigt? – W2				1	,40	,51	,20	,55	,58	,59	,41
(5) Unzufriedenheit Krisenmanagement Bundesregierung – W1					1	,64	,13	,40	,34	,36	,35
(6) Unzufriedenheit Krisenmanagement Bundesregierung – W2						1	,15	,48	,41	,44	,41
(7) langanhaltende Wirtschaftskrise hat schlimmere Auswirkungen als aktuelle Corona-Epidemie. – W1							1	,20	,15	,20	,14
(8) Sorge, dass Einschränkungen der Grundrechte nach Krise nicht vollständig zurückgenommen werden. – W2								1	,54	,55	,55
(9) unterstütze Demonstrationen/Proteste gegen Corona-Einschränkungen. – W2									1	,53	,45
(10) glaube nicht, dass Corona-Virus so gefährlich ist, wie häufig behauptet. – W2										1	,46
(11) kann mir vorstellen, dass Pandemie von Eliten benutzt wird, um Interessen von Reichen/Mächtigen durchzusetzen. W2											1

Gewichtete Werte, balanciertes Panel.
W1 = April, W2 = Juni. N = 6.309.
Alle dargestellten Korrelationskoeffizienten hoch signifikant (*** = p < .001).
Zahlen in Klammern in den Spalten zur Identifikation der Items in den Zeilen.

Quelle: HBS Erwerbstätigenbefragung, eigene Berechnungen.

WSI

AUTOR

Dr. Andreas Hövermann
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Düsseldorf
Andreas-Hoevermann@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber
Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
www.boeckler.de

ISSN 2366-9527

Grafiken: Yuko Stier
Satz: Daniela Buschke

WWW.BOECKLER.DE